

zugspunkt für viele „Linke“ darstellt, erscheint leicht als einigermaßen sinnvolles, aber gescheitertes Projekt. Die Kritik richtet sich meist gegen ästhetische Mängel wie den unpassenden Slogan „Bis hierher und nicht weiter!“. Bei nochmaligem Überdenken stellt sich das Ganze aber genau umgekehrt dar: Das Projekt war weder sinnvoll, noch ist es gescheitert. Unabhängig vom subjektiven Wollen derer, die dieses Projekt betrieben, hat es vor allem einen Effekt gehabt: Es hat Proteste kanalisiert und, nicht zuletzt durch den bekannten Mechanismus „Es gibt ja auch Linke in der SPD“, für den früher mal die Jusos zuständig waren, von der Kritik in die Affirmation gewendet. Der Erfolg der Erfurter Erklärung war der Wahlsieg der von ihr kritisierten Neuen Mitte. Vergleichbares gilt für die Proteste aus den Gewerkschaften und anderen Teilen der SPD.

RADIKAL UN DURCHDACHT

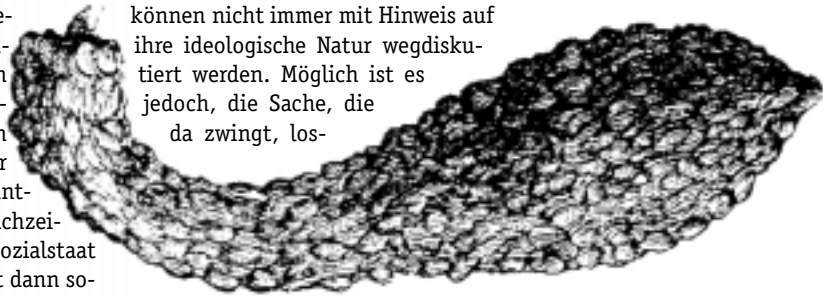
Als ersten Schritt zur Überwindung des Kapitalismus die Stärkung einer von ihm hervorgebrachten Instanz wie dem Staat in seiner jetzigen Form zu sehen, ist absurd. Der Staat ist, trotz aller seine Spielräume, eben nicht eine über der Gesellschaft stehende, neutrale Instanz, sondern hat die Grundlagen der Kapitalverwertung zu sichern. Dazu gehört unter anderem eben auch, daß er soziale Mindest-

standards auch gegen die direkten Interessen der konkurrierenden Einzelkapitale durchsetzt. Seine Aufgabe ist es nicht, den StaatsbürgerInnen das Leben so angenehm wie möglich zu machen, sondern dafür zu sorgen, daß diese sich nicht durch Leistungsverweigerung, Revolte oder Verhungern der Verwertung entziehen. Die altbekannte „Wir wollen alles“-Forderung hat nichts an Berechtigung verloren, sie muß aber nach wie vor erkämpft werden. Daß man es dabei früher oder später mit dem Staat (und zwar dem repressiven, nicht dem sozialen) zu tun bekommt, ist gewiß. Durch bloße Bitten und Forderungen wird nicht viel zu holen sein.

Auch sollten gerade diejenigen, die in einem Atemzug mit der Forderung nach einem Ausbau des Sozialstaates die nach offenen Grenzen und internationaler Solidarität nennen, zur Kenntnis nehmen, daß beides gleichzeitig nicht zu haben ist. Der Sozialstaat ist eben vor allem Staat, erst dann sozial. Das Geld, das der Staat umverteilen soll, muß aber irgendwo herkommen. Traditionell funktionierte das über die Ausbeutung der sogenannten „Dritten Welt“, deren Elend den hiesigen Wohlstand erst ermöglichte. Außerdem muß das Kapital, von dessen Mehrwertproduktion die Transfer-

leistungen abhängig sind, dem Zugriff des Staates zugänglich sein. Die Forderung nach erhöhten Transferleistungen bedeutet also einen verschärften Standortwettbewerb, gleichbleibendes oder erhöhtes Elend der „Dritten Welt“. Hinzu kommt, daß mit einer verstärkten Abschottung gegenüber Nicht-Staatsbürgern zu rechnen ist, da der Staat diese, sobald sie zu Staatsbürgern werden, mitfinanzieren müßte. Daß derlei Argumente von links kritisiert werden, ist bekannt und richtig. Internationale Solidarität und Erhöhung des Lebensstandards sind grundsätzlich keine sich ausschließenden Wünsche, im Kapitalismus jedoch durchaus. Sachzwangargumentationen können nicht immer mit Hinweis auf ihre ideologische Natur wegdiskutiert werden. Möglich ist es jedoch, die Sache, die

da zwingt, loszuwerden. Die Forderung nach Solidarität und gutem Leben setzt also die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise voraus, nicht umgekehrt. Allein, damit würde auch der Staat als solcher überflüssig, und mit dem Sozialstaat wird es auch dann nichts.



Meine Müllkippe - deine Müllkippe

„Wir können doch nicht“, sagte Jürgen Trittin bei seinem Besuch in Dannenberg, „den Franzosen die Brennelemente einfach dalassen. Für unseren Müll sind doch immer noch wir selbst zuständig.“ Gemeint war der Müll, der aus deutschen AKWs nach La Hague verfrachtet worden war, um dort im Zuge der sogenannten Wiederaufarbeitung vervielfacht zu werden. Gemeint ist selbstredend weiterhin, daß es deshalb bald wieder Atomtransporte geben muß, und zwar keine bösen, sondern moralisch gerechtfertigte, also bitte nicht zu doll protestieren.

Und recht hat er: Für unseren Müll, ob radioaktiv oder nicht, sollten wir uns selbst zuständig fühlen. Deshalb ist es mehr als einfach nur erschreckend, daß bisher kein Schwein interessierte, was für Schweinereien dort passieren, wo es dem deutschen Bauern nicht weh tut. Wer nimmt schon zur Kenntnis, daß die Dreckschleuder La Hague auf ihre deutschen Großauftraggeber angewiesen ist, wem fällt zum Siemens-Konzern

schon ein, daß er einer der aussichtsreichsten Bewerber für den Bau eines Reaktors mitten in einem erdbebengefährdeten Gebiet in der Türkei ist. Und auch die Tatsache, daß selbiges Unternehmen zusammen mit der französischen Framatome zur Zeit den sogenannten „Europäischen Druckwasser-Reaktor“ (EPR) entwickelt, gerät hierzulande allzu leicht in Ver-

gessenheit. Wenn es auch recht sicher ist, daß in der BRD in den nächsten Jahren kein neuer Reaktor entstehen wird, so gehören wir also trotzdem immer noch zur Atomfamilie.

UNSERE MÜLLKIPPE

Die Erkenntnis, daß wir „für unseren Müll“ noch immer selbst zuständig sind, ist daher ebenso trivial wie bitter notwendig. Die Schlußfolgerung, die daraus zu ziehen ist, ist freilich eine vollständig

andere als die vom einstigen Castor-Widerständler und heutigen Verantwortungstragenden Trittin gemeinte. Es mag nicht gerade eine günstige Gelegenheit sein, gegen ein unsinniges Nationaldenken anzugehen, wenn die Schlußfolgerung ist, daß andere Menschen auf einem Haufen hochradioaktiven Schrotts sitzenbleiben, den sie ebensowenig verursacht haben. Ohne Frage wäre das einfacher, wenn „wir Deutschen“ uns gegen Castor-Transporte nach Frankreich ebenso zur Wehr gesetzt hätten, wie gegen solche ins heimische Gorleben.

US AND THEM

Wenn wir uns also nicht einreden lassen wollen, daß der Müll der Atomindustrie auf einmal uns gehört und

wir Verantwortung für ihn tragen, dann wird es auch allerhöchste Zeit, daß wir dieses „Wir“ neu definieren. Der Streit um die Atomkraft ist keiner zwischen zwei „Völkern“, sondern einer zwischen jenen, die daraus Profit schlagen (dazu gehören die Staaten genauso wie die Atomindustrie), und jenen, die das Risiko, die Repressalien und die Kosten zu tragen haben. Ein konsequenter Widerstand (und nur ein solcher kann erfolgreich sein) muß sich deshalb über die Grenzen hinwegsetzen, seien es nun zwischenstaatliche oder solche, die der Staat dem Protest seiner BürgerInnen auferlegen will. Wenn deshalb im nächsten Jahr die Castoren wieder rollen, gilt es, sie wieder aufzuhalten, im Binnenland und an der Grenze, in beiden Richtungen.

